

Antrag

der Abgeordneten Matthias Höhn, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Michel Brandt, Christine Buchholz, Andrej Hunko, Jan Korte, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner und der Fraktion DIE LINKE.

Deutsches Moratorium für autonome Waffensysteme erklären und völkerrechtliches Verbot auf den Weg bringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weltweit mehren sich die Anzeichen einer unkontrollierten Entwicklung und Verbreitung von letalen autonomen Waffensystemen (LAWS). Eine Reihe von Ländern, allen voran die USA, treiben die Entwicklung von Waffensystemen voran, bei denen Algorithmen die menschliche Entscheidungsfindung beim Waffeneinsatz ersetzen sollen. Der damit verbundenen Gefahr eines unterschiedslosen Einsatzes von militärischer Gewalt muss entschieden begegnet werden – ein weltweites Wettrüsten um immer brutalere Technologien muss verhindert werden.

Im Koalitionsvertrag haben die Koalitionspartner der Bundesregierung auferlegt, ein Verbot autonomer Waffensysteme zu verfolgen: „Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab. Wir wollen sie weltweit ächten“ (Koalitionsvertrag, Z. 7027). Bislang haben sich bereits 28 Staaten zu dieser Forderung bekannt und erklärt, dass sie der Erarbeitung einer Konvention (einem multilateralen Verbotsvertrag) zustimmen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bislang diesem Schritt verweigert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich in den Gremien der CCW der UN klar zu dem von ihr selbst gesetzten Ziel eines Verbots autonomer Waffen zu bekennen und auf der bevorstehenden Tagung der CCW der Erarbeitung eines Vertrags zum Verbot von autonomen Waffensystemen zuzustimmen,
2. für die Bundesrepublik Deutschland ein einseitiges Moratorium gegen die Entwicklung und Anschaffung solcher Waffen zu erklären,
3. auf Ebene des EU-Ministerrats zu erwirken, dass die EU Forschungen auf dem Gebiet nicht mehr fördert und ihre Mitgliedstaaten aufzufordern, gleichfalls ein Moratorium für diese Waffen zu erklären.

Berlin, den 9. April 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die Verhandlungen auf der Ebene der Group of Governmental Experts (GGE) zur Frage der Autonomisierung von Waffen im Rahmen der UN-Convention on Conventional Weapons (CCW) in Genf treten auf der Stelle. Einer Reihe von Staaten, wie die USA, Russland, Australien und Israel, die ein Übereinkommen behindern, stehen Staaten wie Argentinien, China, Mexiko, Marokko, Pakistan oder Venezuela gegenüber, die gegenüber der UN ihre Bereitschaft signalisiert haben, einen Verbotsvertrag über autonome Waffen zu unterzeichnen. Der Code of Conduct, den die Bundesregierung in Antwort darauf in der CCW vorgeschlagen hat, ist eine diplomatische Nebelkerze: Er ist völlig unverbindlich und fokussiert mit seiner engen Definition auch nur auf einen kleinen Teil solcher Waffen. Eine solche Nichtpositionierung ist angesichts des Umfangs und der Geschwindigkeit der Rüstung auf diesem Gebiet vollkommen unzureichend. Die Nichtpaktgebundenenbewegung urteilt über das Papier der Bundesregierung: „A Code of Conduct cannot be a substitute of the objective of concluding a legally binding instrument.“ Die Bundesregierung wird mit diesem Beschluss des Bundestages gleichzeitig verpflichtet, den eigenen Koalitionsvertrag umzusetzen.